

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

STUDI



STEIN

Bescheidtechnik

Ergänzungsband – Muster, Übungen, Vertiefungen

 BOORBERG

STEIN

Bescheidtechnik

Bescheidtechnik

Ergänzungsband –
Muster, Übungen, Vertiefungen

Reiner Stein

Ass. iur., vormals Leiter des Ausbildungsinstituts und Dozent an
der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechts-
pflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Lehrbeauftragter

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek |
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über www.dnb.de abrufbar.

ISBN 978-3-415-07226-8 E-ISBN 978-3-415-07227-5
E-Book-Umsetzung: Datagroup int. SRL, Timisoara
© 2022 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zu-
gelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt ins-
besondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikro-
verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen
Systemen.

Titelfoto: © deagreez – stock.adobe.com |
Satz: abavo GmbH, Nebelhornstraße 8, 86807 Buchloe | Druck und
Bindung: Laupp & Göbel GmbH, Robert-Bosch-Straße 42, 72810 Gomaringen

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Vorwort

Der Entwurf einer praxistauglichen und rechtssicheren Verwaltungsentscheidung wird nicht nur von Studierenden der Verwaltungsfachhochschulen, sondern zunehmend auch von Jura-Student*innen und von Rechtsreferendar*innen in Ausbildung und Prüfung verlangt. Ihnen soll das vorliegende Werk als „Wegweiser“ helfen, sich rasch und gezielt einen umfassenden Überblick über die von den Verwaltungsbehörden zu fertigenden Bescheide zu verschaffen. Aber auch für Verwaltungsbedienstete, die sich auf den aktuellen Stand der Bescheidtechnik bringen wollen, soll dieser Band von Nutzen sein.

Die in diesem Band zusammengestellten Aufbauschemata, Formulierungsmuster und die ausformulierten Musterbescheide aus verschiedenen Rechtsgebieten sollen eine anschauliche praktische Umsetzbarkeit der Bescheidtechnik ermöglichen. Besonderer Wert wurde dabei auf die Verknüpfung von aktuellen Praxisproblemen mit juristisch gut vertretbaren Lösungsvorschlägen gelegt. So geht es in den Musterbescheiden unter anderem um ein behördlich ausgesprochenes Betretungsverbot gegen einen mutmaßlichen „Reichsbürger“, das zahlreiche spannende Fragen zur Rechtsnatur eines Betretungsverbots und der dafür erforderlichen Ermächtigungsgrundlage aufwirft.

Daneben finden sich Verständnisfragen und Tenorierungsübungen, aber auch „Fehlerübungen“ und Aufgaben zum Entwurf komplexer Ausgangs-, Abhilfe- und Widerspruchsbescheide, was die sichere Beherrschung der Bescheidtechnik insbesondere zur Vorbereitung auf Prüfungssituationen voranbringen soll. Auch hier werden juristisch anspruchsvolle Fallprobleme mit spannenden und durchaus auch unterhaltsamen Alltagssituationen verbunden, etwa wenn es um einen böartigen Gänserich geht, der bei Spaziergängen mit seinem „Herrchen“ an der Leine geführt werden soll. Das alles soll insbesondere den Lernenden vor Augen führen, dass das Verwaltungsrecht mit allen Lebensbereichen zu tun hat und nicht langweilig, trocken oder staubig daherkommt.

Der vorliegende „Ergänzungsband“ ist durch zahlreiche Querverweisungen verzahnt mit einem „Grundlagenband“, in dem sich neben Grundstrukturen zum Aufbau und zur Anfertigung der wichtigsten Bescheide im Verwaltungsalltag nach den Vorgaben des Verwaltungsverfahrenrechts auch Tipps zur Verwendung einer bürgernahen und modernen Verwaltungssprache finden.

Ich hoffe, dass es mir mit der aufeinander abgestimmten Kombination der beiden Werke gelingt, die „Bescheidtechnik“ verständlich und interessant darzustellen. Insbesondere würde ich mich freuen, wenn sich meine Arbeit an diesen Projekten in Ihrer erfolgreichen Ausbildung und praktischen Arbeit niederschlägt.

Anregungen und Kritik werden selbstverständlich gerne entgegengenommen.

Güstrow, im Januar 2022

Reiner Stein

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	12
Literaturverzeichnis	19
A. Orte, Namen und Gesetze	21
I. Die in den Beispielen, Musterbescheiden und Übungen verwendeten Schauplätze und Darsteller	21
II. Die in den Beispielen, Musterbescheiden und Übungen verwendeten Gesetze	22
1. Auszüge aus dem fiktiven Sicherheits- und Ordnungs- gesetz des Landes Bergisch-Ritterberg (SOG B-R)	23
2. Auszüge aus der fiktiven Bauordnung des Landes Bergisch-Ritterberg (LBauO B-R)	29
3. Auszüge aus dem fiktiven Verwaltungskostengesetz des Landes Bergisch-Ritterberg (VwKostG B-R)	32
4. Auszüge aus der fiktiven Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden auf dem Gebiet des Straßenverkehrswesens des Landes Bergisch-Ritterberg (StVZustLVO B-R)	40
B. Aufbauschemata	41
I. Aufbauschemata bei der Rechtmäßigkeitsprüfung von Verwaltungsakten	41
1. Rechtmäßigkeitsprüfung beim Erlass eines belastenden Verwaltungsaktes	41
2. Rechtmäßigkeitsprüfung beim Erlass einer Gefahrenabwehrverfügung	42
3. Rechtmäßigkeitsprüfung beim Erlass eines begünstigenden Verwaltungsaktes	43
4. Rechtmäßigkeitsprüfung bei einer Zwangsmittelandrohung	44
5. Rechtmäßigkeitsprüfung bei einer Zwangsgeldfestsetzung	45
II. Aufbauschemata im Widerspruchsverfahren	47
1. Erfolgsaussichten eines Anfechtungswiderspruchs	47
2. Erfolgsaussichten eines Verpflichtungswiderspruchs ...	48
III. Aufbauschemata bei Bescheiden	50
1. Aufbau eines Erstbescheides	50

2.	Aufbau eines Abhilfebescheides	51
3.	Aufbau eines Widerspruchsbescheides	52
C.	Formulierungsbeispiele in Bescheiden	54
I.	Formulierungsbeispiele in Erstbescheiden	54
1.	Formulierungsbeispiele für Hauptsache- entscheidungen in Erstbescheiden	54
1.1	Entscheidungen im Antragsverfahren	54
1.1.1	Entscheidungen im Erfolgsfall	54
1.1.2	Entscheidungen im Misserfolgsfall	55
1.1.3	Entscheidungen im Teilerfolgsfall	56
1.1.4	Entscheidungen bei Einstellungen des Verfahrens	57
1.2	Entscheidungen im Amtsermittlungsverfahren.	57
1.2.1	Erlass von befehlenden Verwaltungsakten in Form von „HDU-Verfügungen“	58
1.2.2	Erlass von belastenden Verwaltungsakten mit rechts- gestaltendem Regelungsgehalt	61
1.2.3	Entscheidungen bei Einstellungen des Verfahrens	62
1.3	Verfahrensentscheidungen	63
1.4	Änderungsentscheidungen	63
1.5	Nichtigkeitfeststellungen	64
2.	Formulierungsbeispiele für Nebenentscheidungen in Erstbescheiden	64
2.1	Formulierungsbeispiele für Neben- bestimmungen	65
2.2	Formulierungsbeispiele für die Anordnung der sofortigen Vollziehung	71
2.3	Formulierungsbeispiele für Zwangs- mittelandrohungen	74
2.4	Formulierungsbeispiele für Kosten- entscheidungen	80
3.	Formulierungsbeispiele für Begründungen in Erstbescheiden	84
3.1	Formulierungsbeispiele für die rechtliche Begründung von Verwaltungsakten in Haupt- sacheentscheidungen nach § 39 I VwVfG	85
3.1.1	Formulierungsbeispiele bei Ent- scheidungen im Antragsverfahren.	85

	3.1.2	Formulierungsbeispiele für Entscheidungen im Amtsermittlungsverfahren („Taubenplage“; „Baueinstellungsverfügung“)	87
	3.2	Formulierungsbeispiel für die Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 80 III 1 VwGO („Taubenplage“)	91
II.		Formulierungsbeispiele in Abhilfebescheiden	92
	1.	Formulierungsbeispiel für Haupt- und Nebenentscheidungen beim Anfechtungswiderspruch	93
	2.	Formulierungsbeispiel für Haupt- und Nebenentscheidungen beim Verpflichtungswiderspruch	93
III.		Formulierungsbeispiele in Widerspruchsbescheiden	94
	1.	Formulierungsbeispiele für Haupt- und Nebenentscheidungen beim Anfechtungswiderspruch	94
	2.	Formulierungsbeispiele für Haupt- und Nebenentscheidungen beim Verpflichtungswiderspruch	98
D.		Musterbescheide, Vorlagebericht und Benachrichtigungen an Bürger*innen	104
I.		Bescheide im Ausgangsverfahren	104
	1.	Vollständiger Erstbescheid in Stichpunkten (Mitnahmeverbot einer Schildkröte: „Schnappi“)	104
	2.	Vollständige Erstbescheide ausformuliert	107
	2.1	Nachträgliche Auflage zur Gaststätten-erlaubnis wegen Lärmbeeinträchtigungen durch Musikbox („Route 66“)	107
	2.2	Behördliches Hausverbot („Kein Zutritt für Reichsbürger“)	114
	2.3	Gewerbliches Fortführungsverbot bei Schaustellung von Personen („Live-Video-Peepshow“)	122
II.		Bescheide und Vorlagebericht im Widerspruchsverfahren	129
	1.	Vollständiger Abhilfebescheid in Stichpunkten (ordnungsbehördliche Aufforderung zur Entfernung eines provozierenden Gartenzweigs: „Wichtel mit Stinkefinger“)	129
	2.	Vollständiger Abhilfebescheid ausformuliert (Sicherungsanordnungen zum Schutz gegen Schädlinge: „Hobby-Käserei“)	132
	3.	Vorlagebericht der Ausgangsbehörde an die Widerspruchsbehörde („Live-Video-Peepshow“)	137

4.	Vollständiger Widerspruchsbescheid (im Fall eines erfolglosen Anfechtungswiderspruchs) in Stichpunkten („Live-Video-Peepshow“)	139
5.	Vollständiger Widerspruchsbescheid (im Fall eines erfolgreichen Verpflichtungswiderspruchs) ausformuliert (gaststättenrechtliche Gestattung zum Betrieb eines Bierzelts: „777 1/3-Jahr-Feier“).	142
III.	Benachrichtigungsschreiben an Bürger*innen	147
1.	Anschreiben zwecks Gewährung einer Anhörung nach § 28 I VwVfG („Live-Video-Peepshow“)	147
2.	Mitteilungsschreiben zwecks Bestätigung des Eingangs eines Widerspruchs („Live-Video-Peepshow“)	148
3.	Mitteilungsschreiben bei Vorlage des Widerspruchs an die Widerspruchsbehörde („Live-Video-Peepshow“)	149
E.	Kontrollfragen und Übungen	151
I.	Kontrollfragen und Übungen zu Bekanntgabe und Zustellung	151
1.	Kontrollfragen zu Bekanntgabe und Zustellung.	151
2.	Übungen zu Bekanntgabe und Zustellung	154
II.	Kontrollfragen und Übungen im Zusammenhang mit Erstbescheiden	158
1.	Kontrollfragen zu Aufbau und Inhalt von Erstbescheiden.	158
2.	Kontrollfragen und Übungen zur Anordnung der sofortigen Vollziehung	160
3.	Übungen zur Kostenentscheidung	162
3.1	Kostenentscheidung bei einer Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit.	162
3.2	Kostenentscheidung bei einer vorübergehenden Gaststättenerlaubnis (sog. „Gestattung“)	164
3.3	Kostenentscheidung bei Ungültigerklärung und Einziehung eines Jagdscheins.	166
4.	Übungen anhand von fehlerhaften Erstbescheiden	167
4.1	Bewertung von „Fehlerbeispielen“ in Erstbescheiden	168
4.2	Fehlerbescheid im Straßen- und Wegerecht („Tutti Frutti“).	170

	4.3	Fehlerbescheid im Gewerberecht („Rudis-Reste-Versteigerung“)	173
	4.3.1	Grundfall („Rudis-Reste-Versteigerung“)	173
	4.3.2	Abwandlung des Grundfalls („Rudis-Reste-Versteigerung“)	179
	4.4	Fehlerbescheid im Polizei- und Ordnungsrecht („The Magic Show“)	180
III.		Kontrollfragen und Übungen im Zusammenhang mit Widerspruchsbescheiden	187
	1.	Tenorierungsübungen bei Widerspruchsbescheiden	187
	2.	„Fehlerübungen“ zur Tenorierung von Widerspruchs- bescheiden	193
IV.		Übungsfälle	195
	1.	Erlass eines Erstbescheides im Polizei- und Ordnungs- recht (Sicherungsanordnungen zum Schutz vor frei laufender Gans: „Hänschen Unchained“)	195
	2.	Erlass eines Erstbescheides im Gewerberecht (Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit: „Rolling Cars“)	203
	3.	Erlass eines Widerspruchsbescheides im Straßen- verkehrsrecht (Ausnahmegenehmigung zum Befahren einer Fußgängerzone: „Panzerknacker“)	210
F.		Anhang	217
I.		Abdruck einer Postzustellungsurkunde	217
	1.	Vorder- und Rückseite	217
	2.	Innerer Umschlag	219
	3.	Äußerer Umschlag / Auftrag	220
	4.	Benachrichtigungsschein bei Zustellung durch Niederlegung	221
II.		Abdruck eines Empfangsbekanntnisses	222
	1.	Empfangsbekanntnis durch Aushändigung eines Dokuments an Privatpersonen gem. § 5 I VwZG	222
	2.	Empfangsbekanntnis bei Zustellung an privilegierte Empfangsberechtigte gem. § 5 IV VwZG	223

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
a.F.	Alte Fassung
AGL	Anspruchsgrundlage
AGVwGO	Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung
allg.	allgemein (-e, -er)
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
AVR	Allgemeines Verwaltungsrecht
Az.	Aktenzeichen
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAnz.	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BauO	Bauordnung (eines Bundeslandes)
BaWü	Baden-Württemberg
Bay	Bayern
BayPAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz)
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band

BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Berl	Berlin
Betr.	Betreff
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BKA	Bundeskriminalamt
BMI	Bundesministerium des Inneren
BNotO	Bundesnotarordnung
BR	Bundesrat
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Dr.	Bundesratsdrucksache
Brem	Bremen
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BSeuchG	Bundesseuchengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVR	Besonderes Veraltungsrecht
dB(A)	Dezibel
ders.	derselbe
dgl.	dergleichen
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)

Drs.	Drucksache
DVBbl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis (Zeitschrift)
EB	Empfangsbekanntnis
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGL	Ermächtigungsgrundlage
Einf.	Einführung
EinfG	Einführungsgesetz
Einl.	Einleitung
entspr.	entsprechend
etc.	et cetera
etw.	etwaige
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
f.	folgende (r/s)
FeV	Fahrerlaubnis-Verordnung
ff.	fortfolgende
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
GastG	Gaststättengesetz
Gast-VO	Verordnung zur Ausführung des Gaststättengesetzes
GebG	Gebührengesetz
GerStrukGAG	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsstrukturgesetzes
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GewKostVO (M-V)	Kostenverordnung für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Gewerbes (Gewerbekostenverordnung)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GkG	Gerichtskostengesetz

GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GO	Gemeindeordnung
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h.M.	herrschende Meinung
Hamb	Hamburg
Hess	Hessen
Hess.VGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HSOG	Hessisches Sicherheits- und Ordnungsgesetz
HwO	Handwerksordnung
HwSchfKostVO (M-V)	Kostenverordnung für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Handwerks und des Schornsteinfegerwesens (<i>Handwerks- und Schornsteinfegerwesen-Kostenverordnung</i>)
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.S.d.	im Sinne der, im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.Ü.	Im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
insbes.	insbesondere
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)

KAG	Kommunalabgabengesetz
Kap.	Kapitel
Komm.	Kommentar
KostO	Kostenordnung
KrW-/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KV	Kommunalverfassung
KV M-V	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern
LadschlG	Ladenschlussgesetz
LBG M-V	Landesbeamtengesetz M-V
Lit.	Literatur
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LVerf M-V	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
LVwG S-H	Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein
LZG	Landeszustellungsgesetz
m.d.B.	mit der Bitte
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift des Deutschen Rechts (Zeitschrift)
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
n.F.	neue Fassung
Nachw.	Nachweis
Nds	Niedersachsen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht-Rechtsprechungreport (Zeitschrift)
OBG	Ordnungsbehördengesetz
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

PAG	Polizeiaufgabengesetz
POG	Polizeiorganisationsgesetz
PolG	Polizeigesetz
PrOVG	Preußisches Oberverwaltungsgericht
PrOVGR	Entscheidungssammlung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
PZU	Postzustellungsurkunde
RelKERzG	Gesetz über die religiöse Kindererziehung (auch KERzG)
r.i.p.	reformatio in peius
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RÜ	Rechtsprechungsübersicht (Zeitschrift)
RVO	Rechtsverordnung
S.	Satz oder Seite
s.	siehe
SchlHolst	Schleswig-Holstein
SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SOG (M-V)	Sicherheits- und Ordnungsgesetz
sog.	so genannt
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrWG (M-V)	Straßen- und Wegegesetz
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung
TA	Technische Anleitung (Luft / Lärm)
TB	Tatbestand
TB-VSS	Tatbestandsvoraussetzung

u.	und
u.Ä.	und Ähnliche (s)
u.U.	unter Umständen
Urt.	Urteil
UZwG	Gesetz über den unmittelbaren Zwang
v.	von
VA	Verwaltungsakt
VersG	Versammlungsgesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VPR	Verwaltungsprozessrecht
VR	Verwaltungsrundschau (Zeitschrift)
VVKO	Verwaltungsvollzugskostenordnung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwKostG (M-V)	Verwaltungskostengesetz
VwVfG (M-V)	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WaffG	Waffengesetz
WPfIG	Wehrpflichtgesetz
WoGG	Wohnungsgeldgesetz
Wvl	Wiedervorlage
z.B.	zum Beispiel
z.d.A	zu den Akten
Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozessordnung
zust.	zustimmend

Literaturverzeichnis

- Büchner/Joerger/Trockels/Vondung, Übungen zum Verwaltungsrecht und zur Bescheidtechnik, 5. Aufl., 2010
- Ennuschat/Wank/Winkler, Gewerbeordnung (Kommentar), 9. Aufl., 2020
- Kubitza/Mollik, Bescheidtechnik, 3. Aufl., 2018
- Linhart, Der Bescheid, 5. Aufl., 2017, zit.: Arbeitshilfe
- Linhart, Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung, Loseblatt, 53. Aktualisierung (Stand: Oktober 2021), zitiert: Praxishandbuch
- Müller-Grune, Bescheidtechnik, 4. Aufl., 2019
- Müller/Hansen/Wüstenbecker, Die behördliche Assessorklausur, 11. Aufl., 2019
- Obermayer/Funke-Kaiser, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), Kommentar, 5. Aufl., 2018
- Peine/Siegel, Allgemeines Verwaltungsrecht, 13. Aufl., 2020
- Pietzner/Ronellenfitsch, Das Assessorexamen im Öffentlichen Recht, 14. Aufl., 2019
- Prütting/Gehrlein, Zivilprozessordnung (Kommentar), 11. Aufl., 2019
- Sadler/Tillmanns, Verwaltungsvollstreckungsgesetz, Verwaltungszustellungsgesetz (VwVG/VwZG), 10. Aufl., 2020
- Schweighardt/Vondung/Zimmermann-Kreher, Allgemeines Verwaltungsrecht, 10. Aufl., 2018
- Stein, Wörterbuch des Staats- und Verwaltungsrechts, 2. Aufl., 2018
- Stelkens/Bonk/Sachs, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), Kommentar, 9. Aufl., 2018
- Volkert, Die Verwaltungsentscheidung, 5. Aufl., 2010
- Wedekind, Das Widerspruchsverfahren in der Praxis, 3. Aufl., 2020

A. Orte, Namen und Gesetze

Verwaltungsrecht ist in weiten Teilen Landesrecht. Insoweit haben die einzelnen Bundesländer nicht regelmäßig identische Landesgesetze. Auch der Verwaltungsaufbau und die Behördenbezeichnungen sind in den verschiedenen Bundesländern uneinheitlich.

So wurde in diesem Band ein fiktiver Mikrokosmos geschaffen, der sicherlich seinen eigenen Charme entfaltet und jedenfalls konkrete Orte, Personen und Behörden ausweist, die regelmäßig wiederkehren und den Fällen und Übungen ihr Gesicht geben.

I. Die in den Beispielen, Musterbescheiden und Übungen verwendeten Schauplätze und Darsteller

In diesem Band spielen die Beispiele, Muster und Übungen in dem **fiktiven Bundesland „Bergisch-Ritterberg“**.

Dabei handelt es sich um ein Bundesland mit einem zweigliedrigen Verwaltungsaufbau (wie beispielsweise in den „Stadtstaaten“ Berlin, Hamburg, Bremen oder in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Schleswig-Holstein). Insoweit gibt es hier keine „Mittelbehörden“ (insbes. keine Regierungspräsidien).

Wenn in einem Beispiel, einem Muster oder einer Übung die Ausgangsbehörde der Landrat des Landkreises Felsenhain ist, dann ist nach dem zweistufigen Verwaltungsaufbau die nächsthöhere Behörde (im Verhältnis zum Landrat des Landkreises Felsenhain) das zuständige Ministerium, also eine oberste Landesbehörde.

Im kommunalen Aufbau gibt es in dem gewählten fiktiven Bundesland Bergisch-Ritterberg in den Gemeinden und Landkreisen jeweils zwei Organe:

- als Beschlussorgan die **Gemeindevertretung** bzw. der **Kreistag** und
- als Verwaltungsorgan der **Bürgermeister** (in den Beispielen, Mustern und Übungen regelmäßig der Bürgermeister der dem Landkreis Felsenhain angehörigen Stadt Sonnenberg) bzw. in den Landkreisen der **Landrat** (in den Beispielen, Mustern und Übungen regelmäßig der Landrat des Landkreises Felsenhain).

In den Beispielen, Mustern und Übungen ist davon auszugehen, dass im fiktiven Bundesland Bergisch-Ritterberg das **Widerspruchsverfahren nicht**

durch Landesgesetz ganz oder teilweise abgeschafft wurde (wie etwa in den Bundesländern Bayern oder Nordrhein-Westfalen). Wird gegen einen Ausgangsbescheid des Bürgermeisters der Stadt Sonnenberg Widerspruch eingelegt, dann ist gem. § 73 I 2 Nr. 1 VwGO der Landrat des Landkreises Felsenhain (als Fachaufsichtsbehörde) die Widerspruchsbehörde.

II. Die in den Beispielen, Musterbescheiden und Übungen verwendeten Gesetze

Soweit auf Landesrecht einzugehen ist, wird in diesem Band folgende Verfahrensweise gewählt:

- Im Hinblick auf Vorschriften des **Verwaltungsverfahrensgesetzes** wird allein das (Bundes-)VwVfG genannt, auch wenn in den weit überwiegenden Beispielen in diesem Band auf das Handeln von Landes- bzw. Kommunalbehörden abgestellt wird und insoweit Landesrecht gilt.

Diese Vorgehensweise erscheint praktikabel und auch unproblematisch, zumal die Regelungen in den Landes-VwVfG der verschiedenen Bundesländer ohnehin nahezu deckungsgleich mit den Vorschriften des VwVfG übereinstimmen. Allein das Landesverwaltungsverfahrensgesetz des Landes Schleswig-Holstein (LVwG S-H) ist anders aufgebaut.

- Hinsichtlich der Rechtsgrundlagen für das **Polizei- und Ordnungsrecht** wird wegen der Vielzahl von Besonderheiten in den verschiedenen Landesregelungen auf ein fiktives Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Bergisch-Ritterberg (SOG B-R) abgestellt.

Auch die herangezogenen Vorschriften des **Bauordnungsrechts** finden sich in einem fiktiven Landesgesetz, nämlich in der Bauordnung des Landes Bergisch-Ritterberg (LBauO B-R).

Die gleiche Verfahrensweise findet sich beim **Verwaltungskostenrecht**, wo auf das fiktive Verwaltungskostengesetz des Landes Bergisch-Ritterberg (VwKostG B-R) Bezug genommen wird.

Die verwendeten Rechtsnormen werden wie folgt zitiert: Römische Ziffern bezeichnen die Absätze, arabische Ziffern die Sätze der Paragraphen bzw. Artikel. Beispiel: § 68 I 2 VwGO = Paragraph 68 Absatz 1 Satz 2 Verwaltungsgerichtsordnung.